

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlagskonto:
Gedr. Krähling, Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 980.— M., durch die Post bezogen monatlich 980.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 290.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonnabendnummer 70.— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weitznerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weitznerplatz 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Doppelseite Komparsenzeitung 75.— M., die Doppelseite Komparsenzeitung 100.— M., auswärts 100.— u. 400.— M., Ausland 500 u. 1000 M.
Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 Proz. Rabatt, für Briefbelegungen 30 M.

Nr. 2

Dresden, Mittwoch den 3. Januar 1923

34. Jahrg.

Beginn der Pariser Konferenz

In der gestern begonnenen Pariser Konferenz wurden die französischen, englischen und italienischen Pläne von Poincaré, Bonar Law und della Torretta entwickelt.

Die französische Regierung

legte der Konferenz folgenden Arbeitsplan vor:

1. den Versuch, eine Lösung der Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Schulden ausfindig zu machen,
2. die Annahme einer bestimmten Politik hinsichtlich der Stabilisierung der Mark und der Reorganisation der deutschen Finanzen,
3. sofortige Beschlüsse über das von Deutschland verlangte Moratorium und die Pläne, deren Beschaffung durch die französische Regierung, sowohl um die während der Dauer des Moratoriums noch zu leistenden Zahlungen sicherzustellen, als auch, um einem späteren Versagen Deutschlands vorzubeugen, unerlässlich ist.

Die französische Regierung könne weder Kapital oder Binsen der Summen bezahlen, die sie den Alliierten schulde, solange sie nicht zum allernächsten durch deutsche Zahlungen für die bereits gemachten und noch zu machenden Ausgaben für den Wiederaufbau der verunsteteten Gebiete gedeckt sei und diese Ausgaben entsprechen annähernd dem französischen Anteil an den deutschen Obligationen A und B.

Die französische Regierung ist bereit, die deutschen Obligationen C, die sie gegebenenfalls für ihre eigenen Forderungen in Zahlung erhielt, zu annullieren, wenn dieser Modus von den europäischen Mächten insoweit akzeptiert würde und wenn diejenigen unter ihnen, die Mächtige sind, gleichfalls sich entschließen, die Obligationen C, die ihnen übergeben würden, zu annullieren.

Nach dem

englischen Plan

hätte Deutschland an die Reparationskommission neue Gutachten in zwei Serien auszufolgen:

1. eine Serie von Gutachten im Betrage von 50 Milliarden Goldmark, die sofort auszustellen wären und für den 31. Dezember 1924 in vollem Betrage zahlbar und in der Zwischenzeit mit 5 v. H. jährlich zu verzinsen sind. Die Verzinsung wäre in den ersten vier Jahren zu Stunden und in den folgenden vier Jahren auf 4 v. H. zu ermäßigen;

2. eine Serie von Gutachten im Betrage von 17 Milliarden Goldmark (der Betrag für die gestundeten Zinsen der ersten Serie) oder ein geringerer Betrag, den ein Schlichtsgericht festzustellen hätte. Diese Gutachten wären auf den 1. April 1933 auszustellen. Der volle Betrag wäre 1935 zahlbar. Die Verzinsung würde 5 v. H. pro Jahr betragen. Diese Gutachten sollen nicht auf dem Markte gehandelt werden. Sie dienen ausschließlich als Rechnungsbüchlein. Deutschland hätte also zu zahlen:

1. in den ersten vier Jahren nichts, mit Ausnahme gewisser Naturalieferungen, für die ihm ein Kredit auf das Konto der späteren Zahlungen eingeräumt würde;
2. 2 Milliarden Mark jährlich in den folgenden vier Jahren;
3. 2½ Milliarden in den folgenden zwei Jahren;
4. nach Ablauf dieser zehn Jahre 3½ Milliarden jährlich oder eine kleinere Summe, die ein unparteiisches Schlichtsgericht festzusetzen hätte.

In den ersten vier Jahren würden die Zahlungen, die soweit wie möglich einzuführen wären, vor allem enthalten: Kohle für Frankreich, Stühle für Italien und, wenn möglich, Farbstoffe. Die Tilgung soll in den folgenden Jahren stattfinden.

Vor dem Abbruch in Lausanne

Die Orientkonferenz in Lausanne steht vor dem Abbruch. Das Ringen um den Besitz der Erdölquellen von Mossul hat die Gegensätze zwischen England und der Türkei auf die Spitze getrieben. Die Türkei hat in Erwiderung auf die letzte Note der Alliierten rundweg erklärt, daß sie auf dem Eigentum am Schacht Mossul besteht. Eine Antwort durch die Alliierten erfolgte nicht. Lord Curzon reiste vorerst ab und die Konferenz pausiert. Inzwischen verwickeln sich die Gegensätze — und wenn nicht noch in letzter Minute irgendeine bedeutende Wendung eintritt, so scheint der Bruch zwischen England und der Türkei heranzukommen. Die Redaktionen belogen:

London, 2. Januar. Nach den letzten Meldungen an das Auswärtige Amt ist man dort der Auffassung, daß es die Türkei auf den Bruch mit England ankommen lassen will, und daß die Krise, die durch den Abbruch der Lausanner Konferenz, fast unvermeidlich entsteht. Infolgedessen sind die Mitglieder der englischen Delegation in Konstantinopel bereits verständigt worden, sich bereit zu halten, die Stadt in vierundzwanzig Stunden nach Aufforderung zu verlassen. Bis gestern haben sich etwa fünfzehnhundert englische Staatsangehörige schon eingeschifft, von denen ein Teil in Cypern und Malta landet.

Die weiter gemeldet wird, revidierten in Mossul die türkischen Staatsangehörigen und die türkischen Soldaten, die verlangen, daß das ganze Gebiet von Mossul den Türken zugesprochen werde. Man berichtet auch von Ausschreitungen gegen Engländer; ein Flugzeuggruppen mit den türkischen Luftfahrzeugen wurde verbrannt; außerdem hätten die Türken volle vier Jahrgänge mobilisiert, und zwei weitere sollen folgen.

Konstantinopel, 2. Januar. Die Nationalversammlung in Angora hielt eine sechsstündige geheime Sitzung ab, in der die Alliierten hart kritisiert wurden und in der beschlossen wurde, den Nationalrat aufrechtzuerhalten. Ismet-Pascha

finden. Wenn sich jedoch Deutschland früher der Schulden zu entziehen vermag, wird ihm eine Vergütung bis zu 8 v. H. eingeräumt.

Gegenüber dem

Deutschen Plan

soll sich die Konferenz einstimmig dahin entscheiden haben, einen mündlichen Vortrag des Staatssekretärs Bergmann nicht zuzulassen. Es wurde jedoch der Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben, schriftliche Vorschläge der deutschen Regierung einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.

Die deutsche Friedensicherung

Die Mitteilung des deutschen Reichsfinanzers, den Franzosen sei eine politische Sicherung gegen einen von ihnen befristeten deutschen Angriff angeboten, von Frankreich aber abgelehnt worden, wird von Savas demontiert: das deutsche Angebot sei durch die in Frage kommende dritte Macht (Savas nennt Amerika) den Franzosen nicht überreicht und habe infolgedessen von ihnen auch nicht abgelehnt werden können. Außerdem handle es sich nicht um einen ausreichend fest formulierten Vertrag. Demgegenüber ist festzustellen, daß der deutsche Vorschlag durchaus klare und feste Formen gehabt hat. Er ist auch den Franzosen durch jene dritte Macht, über die von unterer Seite aus bestimmten politischen Gründen noch geschwiegen wird, tatsächlich übermitteln worden. Die Franzosen hielten sich aber hinter formell verfassungsmäßigen Gründen zurück und sind nicht auf diese Vorschläge eingegangen. Die französischen Gegenstände hätten bei einigermaßen gutem Willen auf dem Wege der Befriedigung leicht beseitigt werden können. Die Initiative zu dieser ganzen Aktion, die erst nach der Londoner Konferenz unternommen wurde, ist von deutscher Seite ausgegangen. Die französische Ablehnung ist trotz der gegenseitigen Behauptung von Savas in so ansehnlicher Form erfolgt, daß neue Schritte in dieser Angelegenheit sich von selbst verbieten.

Protest der französischen Sozialisten

Die französischen Sozialisten erklären den Aufruf: Alles läßt voraussehen, daß die französische Regierung dem Obersten Rat unter der Bezeichnung Pfänder und Garantien vorzulegen wird, die Hand aus das Indusstriestücken an der Ruhr zu legen und eine verfallene Befestigung auf dem linken Rheinufer herbeizuführen. Es ist zu befürchten, daß die französische Regierung, wenn sie keine Einigung mit ihren Alliierten erzielt, entschlossen ist, die schon jetzt vorbereiteten Sanktionen allein durchzuführen. Betreu der Verpflichtung, die wir auf dem Weltkongress im Haag übernommen haben, erklären wir, dieser Schritt der Brutalität und der Abenteuer den entzweiten Protest der Arbeiter entgegenzusetzen. Die beiden Organisationen fordern einen Schlichtspruch durch den Völkerbund.

Rundgebung der rheinischen Gewerkschaften

Die Gewerkschaften aller Richtungen des Regierungsbezirks Koblenz haben in Koblenz Rundgebungen veranstaltet, in denen sie den schärfsten Einspruch gegen jede sonderbarliche Bestrafung und gegen jede französische Sonderpolitik erhoben haben.

Der gestrichelte Lloyd George

Die Rheinlandskommission hat die Entziehung von Zeitungsanschlüssen befohlen, die Teile der Ausführungen Lloyd Georges gegen die französischen Imperialisten enthielten, weil damit die öffentliche Ordnung gestört und versucht werde, die Alliierten in Gegensatz zueinander zu bringen.

Bund der Sowjetrepubliken

Moskau, 2. Januar. Der 10. Russische Rätekongress hat am 31. Dezember den Entwurf eines Statuts zur Gründung des Bundes der sozialistischen Sowjetrepubliken angenommen. Eine Delegation erhielt die Vollmacht, mit den andern Sowjetrepubliken einen Vertrag über die Bildung des einheitlichen Bundesstaates abzuschließen. Schon am 1. Januar wurde in Moskau der konstituierende Bundeskongress eröffnet. Der Bundesstaatsverfassung selbst den einzelnen Sowjetrepubliken volle Selbstständigkeit und das Recht, aus dem Bund auszutreten. Auf je 100 000 Einwohner entfällt ein Mitglied des Bundeskongresses. Das Bundeszentralekzekutivkomitee wird aus Grund des Proportionalwahlrechts gewählt und besteht aus 21 Mitgliedern, von denen 170 Vertreter Rußlands sind. Dieses Zentralekzekutivkomitee des Bundes soll in der Regel dreimal jährlich zusammentreten, kann aber auch von seinem Präsidium zu außerordentlichen Tagungen einberufen werden.

Der Abwehrkampf gegen den Fascismus

Die Maßnahmen unserer österreichischen Parteigenossen

Die sozialistische Arbeiterklasse ist durch das Erstarken der fascistischen Organisationen geungunsten und diese Stände mit den geeigneten Mitteln und Abwehrmaßnahmen zu bekämpfen. Der Fascismus ist eine internationale Erscheinung. Er ist die illegale militärische Organisation, die sich in allen Ländern Europas die bäuerliche und städtische Bourgeoisie zu dem alleinigen Zweck geschaffen hat, um die Arbeiterklasse gewaltsam niederzuhalten. Seine höchste Vollendung hat der Fascismus in Italien gefunden. Darum wurde ihm die hohe Ehre zuteil, als Stiefvater der weitverbreiteten konterrevolutionären Bewegungen aller Länder zu dienen, gleichwohl, ob sie sich bisher Orgele oder Erwachende Ungarn, Heimatwehren, Frontkämpfervereinigungen oder „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ genannt haben. Alle diese Organisationen eint ein Ziel: die Arbeiter wieder zu gehoramen Sklaven zu machen.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat es natürlich nicht nur mit den sogenannten Nationalsozialisten zu tun, sondern mit dem ganzen reaktionären Klotz, dessen vorgehobener Stoßtrupp die bayerischen Nationalsozialisten bilden. Die deutsche Sozialdemokratie hat diesen Kampf gegen die reaktionären und putschistischen Organisationen durch ihre Gesamtpolitik zu führen, wird aber auch zu besonderen Maßnahmen gegen die fascistische Gefahr bald genug gezwungen werden. Da ist es von Bedeutung, nach Österreich zu blicken und zu beachten, was unsere österreichischen Parteigenossen den speziellen Abwehrkampf gegen den Fascismus führen werden. Julius Deutsch veröffentlichte schon im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung ein wertvolles Büchlein: Die Fascistengefahr, in dem er auf die Bedrohung durch den österreichischen Arbeiterkampf durch den Fascismus nachdrücklich hinweist. In allen Ländern Österreichs rufen Bauernschaft und Bürgertum fieberhaft. Julius Deutsch erbringt ein erschöpfend reiches und vielfach bisher unbekanntes Material über die bewaffnete Aufbruch der österreichischen Fascisten. Ihre stärkste Stütze haben sie in Tirol. Die Tiroler Heimwehren sind organisatorisch der bayerischen Orgele angegliedert und stehen völlig unter der Leitung München. Darüber berichtet Deutsch folgende Einzelheiten:

In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni 1920 wurde ein vollbeladenes bayerisches Militärauto in Imst festgehalten, das bei einem christlichsozialen Großbauern einen Teil seiner Ladung, die aus 16 Maschinengewehren, Gewehren, Revolvern und Munition bestand, abgab. Am 23. Juni 1920 wurde von der Innsbrucker Arbeiterkraft vier Lastenautos angehalten und zur Polizei gebracht, auf dem sich 485 Gewehre, 29 Pistolen Gewehrpatronen sowie eine Revolverpatrone mit der dazugehörigen Munition befanden. Einige Tage später wurde einwandfrei festgestellt, daß sich im Prämokratenszellens in Wiltien ein Waffenlager der Heimwehren befand. Einigen Heimwehrlenten, die sich nachlässigweise mit Gewehren aus dem Kloster entfernten wollten, wurden die Waffen abgenommen; es waren Waffen deutscher Herkunft. Am 28. Oktober 1920 beschlagnahmten Eisenbahner in Innsbruck einen von Bayern kommenden Waggon, in dem sich nicht weniger als 71 Riflen mit Gewehren, Maschinenengewehren und bayerischen Uniformen befanden. — Deutsch zählt dann eine Menge von Diebstählen auf, die ganze Waffenlager umfassen, aber nie zur Entdeckung der Täter führten, weil die Heimwehrlente bei Offizieren und Mitgliedern der christlichsozialen Landesregierung Helfer hatten. Im Militärlager Ramsau wurden 22 Gewehrpatronen gefunden, in Gall 7 Maschinengewehre, 23 Mauerpatronen, anderwärts gewaltige Munitionsmengen. Dies nur als Beispiele. Die fascistische Organisation ist im Besitz gewaltiger Waffenvorräte.

Auch die Heimwehren Salzburg stehen in enger Verbindung mit den gleichartigen Organisationen Tirols und Bayerns. Der Waffenschmuggel aus Bayern stand gewissermaßen an der Salzburger Grenze auf der gleichen Höhe wie der an der Tiroler Grenzpfähle. In Oberösterreich, Steiermark, Kärnten steht es ähnlich. In Wien wird der Fascismus durch die „Frontkämpfer“ repräsentiert. Sie sind in militärischer Art organisiert und zum Teil auch bewaffnet. An der Spitze steht eine Zentralleitung mit einem Stab ehemaliger und aktiver Offiziere. In jedem Wiener Bezirk besteht eine Bezirksleitung, welche die ihr unterstehende Mannschaft in Sprengeln eingeteilt hat, um sie rascher sammeln zu können. Die Aufmärsche der Frontkämpfer erfolgen stets in militärischer Ordnung, begleitet nach Bataillonen, Kompanien und Rügen. Von Zeit zu Zeit werden Wanderrübungen im freien Gelände abgehalten und größere Marschübungen über Land veranstaltet. Ähnlich wie die Frontkämpfer in Wien sind die Gruppen eines Selbstschutzverbandes organisiert, dessen Wirkungskreis vornehmlich die Städte und Orte Niederösterreichs sind. Auch sie besitzen Waffen, soviel sie nur brauchen. So organisiert das reaktionäre Bürgertum illegale militärische Gewalt gegen die Arbeiterklasse.

Wie kann sich die Arbeiterklasse gegen den Fascismus schützen?

Diese Frage unterjocht nun Julius Deutsch mit aller Gründlichkeit. Reichen die Methoden des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes zur Abwehr dieser Gefahr aus? Deutsch findet, daß diese Frage durch die Erfahrungen Ungarns, Italiens, Bayerns schon beantwortet sei. Er schreibt sehr zutreffend:

„So es den bürgerlichen Klassen gelang, die materielle Gewalt auf ihre Seite zu bringen, ist das Proletariat schließlich zur Ohnmacht verdammt worden. Gegen die Schwere

Sozialdemokratische Erfolge in Danzig

Aus Danzig wird uns berichtet: Im Danziger Parlament ist die sozialdemokratische Fraktion leider in der Minderheit, wodurch schon dieser Nachteil nicht verhütet werden konnte, zumal der Bürgerblock ziemlich geschlossen zusammenhält. Bei Beratung der neuen Einkommensteuer gelang es aber der Fraktion, bedeutende Verbesserungen durchzusetzen, weil die bürgerlichen Arbeiterabgeordneten mit ihr stimmten. So wurde die Offenlegung der Steuerlisten zur Kontrolle der reichen Selbstverschäpfer beschlossen und anders mehr. Unser Parteiorgan, die Danziger Volksstimme, bemerkt zu diesen Ergebnissen:

Den arbeitenden Klassen Danzigs hat dieser Steuerkampf gezeigt, daß einzig und allein die Sozialdemokratie die Interessen aller arbeitenden Volkskreise vertritt, während sich die bürgerlichen Parteien immer wieder nur als Schutzgarde des Kapitals gebieren. Mögen diese Lehre insbesondere die bürgerlichen Arbeitnehmern zielehen, die da glauben, in den Bürgerlisten den Einfluß der kapitalistischen Kreise dadurch brechen zu können, daß sie sich als Arbeitnehmer in diesen Listen betätigen. Das ist ein vergebliches Beginnen. Je schneller und einheitlicher sich alle Kreise der Arbeitnehmern um das Banner der Sozialdemokratie scharen, um so erfolgreicher wird sie die Interessen der arbeitenden Volkskreise vertreten können. Der Kampf um das Steuerrecht und sein Erfolg waren nur ein Anfang.

Die Diktatur der Knute

In der russischen Presse erregt sehr ein Vorfall großes Aufsehen, der auf die Mißstände in den Betrieben große Schlaglichter wirft. In der großen Fabrik von Rindeln, die in einen Staatsbetrieb umgewandelt wurde, herrschte seit einigen Jahren unumschränkt eine kommunistische Zelle. Ein Mitglied dieser Gruppe, der Arbeiter Spiridonow, enthielt sich nicht in der Sozialdemokratie einen Teil der Mißstände seiner Kollegen. Diese wollten darauf mit ihm kurzen Prozeß. Eines Tages wurde Spiridonow von seinen Kollegen erschossen. Die Täter wurden vor Gericht gestellt und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Dieses milde Urteil hat nun in den kommunistischen Arbeiterkreisen einen Entrüstungsturm entzündet, da man in ihm mit Recht einen Freibrief für die Unerschuldlichkeit jener Arbeiter erblickt, die die Mißstände in den Betrieben aufdecken suchen. Gleichzeitig hat aber dieser Vorfall die Frage des sogenannten Arbeiter-Sozialismus in den Vordergrund gestellt. Die traurige Lage der Arbeiterschaft hat selbst diese kommunistische Wächter (schlechtig gezwungen, ihren Klagen und Beschwerden in der Sozialdemokratie Raum zu geben. Es wurde sogar ein populäres Arbeiterorgan (Der Arbeiter) geschaffen, das vom kommunistischen Zentralkomitee herausgegeben wurde. Mit der Redaktion des Arbeiterlebens gewählten Teiles der Zeitung wurde der Arbeiter Boris Swannow betraut, der daranzuging, die ungeheuerlichen Mißstände und die Notlage der Arbeiter in den privaten Betrieben aufzudecken. Wäntur wollte er sich aber auch auf die kommunistischen Staatsbetriebe heran, was einen Sturm der Entrüstung bei den einflussreichen kommunistischen Direktoren und Beamten entzündete. Swannow brachte vor kurzem auch Enthüllungen über die fürchterliche Ausbeutung der Arbeiter in den staatlichen Fischereibetrieben in Astrachan und Stette an. Hand der amtlichen Berichte einer Revisionskommission fest, daß der Leiter dieses Betriebes die Arbeiter mit der Knute schlug und auf die Vorkantungen der Kommunisten erwiderte: „Ich bin selbst Kommunist und weiß, wie man dieses Volk behandeln muß!“

Die Folge dieser Veröffentlichung war nun nicht etwa die Bestrafung des Schuldigen, sondern die Mafregelung des Arbeitstaktors Swannow, der seines Postens enthoben wurde. Wir haben in Deutschland als Folge des Krieges und des Vertrages von Versailles, wie als natürliche Auswüchse des kapitalistischen Systems gewiß viele banale Mißstände. Aber daß innerhalb einer Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, sogar von sich behauptet, die einzig revolutionäre Arbeiterpartei zu sein, und die nun seit mehr als fünf Jahren unbeschränkt und allein in Rußland regiert, berartige grauenvolle Zustände möglich sind, übersteigt alles, was sonst Bestimmen von den Kommunisten erwartet.

Vertagung des Klante-Prozesses

Berlin, 2. Januar. Zu der heutigen Verhandlung des Klante-Prozesses war der Angeklagte Max Klante nicht erschienen. An seiner Stelle erschien der Gefängnisarzt Dr. Bürger und teilte mit, daß Klante vorgestern ein schweres Lungenbluten mit starkem Auswurf von Eiterteilchen und Tuberkelbazillen gehabt habe. Es liegt unmittelbar Lebensgefahr vor. Dieser Zustand der Verhandlungsunfähigkeit werde voraussichtlich etwa 14 Tage dauern. Den Vorschlag des Vorsitzenden, nun eine Viertelstunde zu verhandeln, lehnte der Sachverständige ab. Landgerichtsdirektor Dr. Siegert machte darauf den Vorschlag, einen Spezialisten für Augenkrankheiten zuzuleihen. Dr. Bürger erklärte sich hiermit einverstanden. Rechtsanwalt Dr. Welt beantragte die Vertagung des ganzen Prozesses und die Haftentlassung. Der Staatsanwalt widersprach diesem Antrage. Das Gericht beschloß nach längerer Beratung, den Direktor der ersten medizinischen Klinik der Charité, Geheimrat Hie, und den Gerichtsarzt Geheimrat Medizinrat Dr. Hoffmann mit der nachmaligen Untersuchung Klantes zu beauftragen. Die Verhandlung wurde zu diesem Zweck auf eine Stunde ausgesetzt. — Von dem Gutachten dieser beiden Sachverständigen wird evtl. die Vertagung des ganzen Prozesses abhängig werden.

Kleine politische Nachrichten

Die polnischen nationalistischen Wörder
Warschau, 2. Januar. Der Akademiker Kiewiadomski wurde, wie gemeldet, zum Tode verurteilt, worum er im Schlusswort selbst gebeten hatte. Die einstige Verhandlung wurde dadurch sensationell und beleuchtete die Gedankenwelt der polnischen Nationalisten, daß der Täter zugleich sein Unwissen sei seit langem gegen Wisniewski verbreitet gewesen, weil Wisniewski und seine Politik an allem Elend Polens schuld seien. Nur durch einen Zufall sei Wisniewski am 6. Dezember der mörderischen Kugel entgangen, die am 18. Dezember seinen Nachfolger traf, weil seine Wahl den Sieg der Nationalisten verhindert hätte und weil die Schande, daß er mit nichtpolnischen Stimmen gewählt war, nur so gesüßt werden konnte.

Die Justiz hilft der Schuldliteratur!
Die 26. Zivilkammer des Berliner Landgerichts I hat auf die Klage eines Verlegers der Schuldliteratur dahin entschieden, daß der beim Jugendamt der Stadt Berlin gebildete Ausschuss, der einen Index der Schuldliteratur aufstellt, auf den in letzter Zeit auch das Werk des Professors Brunner „Deutsche Lügen“ gesetzt wurde, keine zuständige Behörde sei. Dem Ausschuß wurde daher bei Androhung von Strafe die Weiterverbreitung dieser Scherereien untersagt. Um den Kampf gegen Schuldliteratur in der bürgerlichen Weise fortsetzen zu können, haben die juristischen Ministerien sofort die dafür notwendigen Vorkehrungen getroffen.

Die gefährdete Volksernährung

Von unentgeltlicher Seite wird uns geschrieben:

Frankreich versucht, von Deutschland die Lieferung von 60 000 Tonnen reinem Stickstoff zu erhalten. Dieser Forderung muß in Anbetracht der ungeheuren Schwierigen Ernährungslage, in der sich das deutsche Volk befindet, nicht nur von der deutschen Regierung, sondern von der gesamten Öffentlichkeit der schärfste Widerstand entgegengeleitet werden, da sie geeignet ist, die Ernährung des deutschen Volkes noch weiter in der schlimmsten Weise zu gefährden.

Die verlangte Menge beträgt rund ein Sechstel der gegenwärtigen deutschen Stickstoffherstellung, und wenn diese auch gegenüber der Vorkriegszeit sich nahezu verdoppelt hat, so deckt sie doch noch bei weitem nicht den heutigen Bedarf der heimischen Landwirtschaft. Mit Rücksicht auf die schwere Belastung, die die Einfuhr ausländischer Lebensmittel und Futtermittel für unsere Zahlungsbilanz bedeutet, muß die Landwirtschaft bestrahlt sein das deutsche Volk soweit als möglich aus den Erträgen des eigenen Bodens zu ernähren. Das wirksamste Mittel hierzu ist die stärkere Verwendung von Stickstoff. Selbst in den bäuerlichen Betrieben ist eine solche Intensivierung zu beobachten; ferner werden Weiden und Weisen weit mehr als früher mit Stickstoff gedüngt, um durch Erhöhung ihres Ertrages einen Ertrag für die vor dem Kriege in großem Umsatze eingeführten ausländischen Futtermittel zu gewinnen. Hervorragende Hochleute sind der Ansicht, daß die deutsche Landwirtschaft jährlich 500 000 Tonnen reinen Stickstoff aufnehmen könnte. Trotz Anspannung aller Kräfte ist aber die deutsche Stickstoffindustrie zur Zeit nicht imstande, so große Mengen zu erzeugen, weil der Mangel an Kohlen und Material die dazu erforderliche Erweiterung der Stickstoffwerke verhindert. Hinzu kommt ferner, daß Deutschland mit dem an Kohlen abgetretenen Teile Oberschlesiens das Stickstoffwerk Chorzow verloren hat und daß die Zwangsablieferung von Kohlen an Frankreich und andere Länder den deutschen Kohleräten die volle Ausnutzung ihrer technischen Leistungsfähigkeit zur Herstellung von schwefelsaurem Ammoniak unmöglich macht.

Es handelt sich also hier um eine Lebensfrage für Deutschland, da die Entziehung einer so großen Menge Stickstoff, wie sie von Frankreich verlangt wird, die schwersten Notstände in der an sich schon ungenügenden Ernährung des deutschen Volkes hervorrufen müßte. Andererseits ist sehr zu be-

weinen, ob die französische Landwirtschaft, deren Stickstoffverbrauch von jeher verhältnismäßig gering war, die von Deutschland geforderte Menge überhaupt aufzunehmen imstande sein würde. Soweit die französische Forderung mit dem Hinweis auf den Bedarf der im Kriege verwüsteten Gebiete begründet wird, ist entgegenzusetzen, daß deren Fläche kaum ein Siebentel der Gesamtfläche Frankreichs beträgt und demgemäß ihr Stickstoffbedarf, berechnet nach dem Gesamtverbrauch Frankreichs, bei weitem nicht die Menge von 23 000 Tonnen reinen Stickstoffs ausmachen kann, die Frankreich dafür verlangt. Hinzu kommt der darüber hinaus noch geforderten 31 000 Tonnen ist darauf hinzuweisen, daß Frankreich im Jahre 1921/22 sogar gewisse Mengen schwefelsauren Ammoniaks ausgeführt hat.

Jedenfalls müssen wir die Lieferung des deutschen Stickstoffs an Frankreich auf Kosten der deutschen Volksernährung ablehnen.

Bermehrte Verbrennung von Kartoffeln

Amlich wird uns geschrieben:

Durch Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 28. Dezember 1922, deren Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt in diesen Tagen erfolgen wird, ist das Brennrecht für Kartoffeln von 30 Prozent auf 60 Prozent des Gesamtbrennrechts erhöht worden. In Anbetracht der vorjährigen schlechten Kartoffelernte war das Kartoffelbrennrecht im vorigen Jahre nur in Höhe von 20 Prozent festgesetzt worden. Auch bei Beginn des neuen Wirtschaftsjahres erschien eine Erhöhung des Kartoffelbrennrechts zunächst noch ungewiss, da sich der Umfang der Kartoffelernte noch nicht übersehen ließ und vermieden werden mußte, daß durch ein übermäßiges Verbrauchen von Kartoffeln in Brennereien die Winterernte von Kartoffeln und die Verbrennung mit Kartoffeln beeinträchtigt würde. Nunmehr steht fest, daß die Ernte mindestens 30 Millionen Tonnen beträgt und bereits der versorgungsbedürftigen Bevölkerung 5 Millionen Tonnen zugeführt worden sind. Bei diesem Sachverhalt bestehen vom Standpunkt der Versorgung der Bevölkerung mit Speisefertigwaren keine Bedenken mehr. Auf der anderen Seite ist eine Erhöhung des Kartoffelbrennrechts im Interesse der Spiritus produzierenden Industrie, da die Inlandbedürfnisse von Spiritus zur Zeit sehr gering sind, dringend erforderlich.

Neueste Telegramme

Selbsthilfe gegen Nationalisten

München, 2. Januar. Die Nationalsozialisten werden immer breiter. Bei Sprengung der Naziführersammlung, die durch Gummihüpfel und Handwörterzeuge befristet verlobt und niederknien wurden, stehen die führenden Nationalsozialisten die Drohung aus: „In ein paar Monaten ist alles erledigt, wir hängen euch alle auf!“ — Sonntag früh 2½ Uhr wurde ein Arbeiter von einigen Nationalsozialisten mißhandelt. Es gelang der Polizei, die Täter festzunehmen und ihre Personallisten festzustellen. Dabei stellte sich heraus, daß einer von ihnen ein Reichswehrsoldat war. Die Münchner Post kündigt an, daß die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greifen müßte, wenn es den Behörden und Gerichten nicht gelänge, eine Abänderung dieser Zustände herbeizuführen.

Die englischen und italienischen Reparationsvorschläge

London, 3. Januar. Die veraltet, umfaßt der englische Plan zur Regelung der Reparationen und der interalliierten Schulden die Gewährung eines Moratoriums von 4 Jahren an Deutschland. Nach Ablauf des Moratoriums soll Deutschland für die Zeit von 4 Jahren 2 Milliarden Goldmark jährlich, für weitere 2 Jahre 2½ Milliarden Goldmark jährlich und dann 3½ Milliarden Goldmark oder eine kleinere Summe zahlen, wie sie von einer unparteiischen Kommission festgesetzt wird, jedoch nicht weniger als 2½ Milliarden. Wenn die Reparationskommission einstimmig entscheidet, daß Zahlungen vor Ablauf von 4 Jahren geleistet werden können, sollen die Jahreszahlungen vorabzinst werden, aber um nicht mehr als 2 Jahre und ohne, daß dadurch die Gesamtsumme der deutschen Zahlungspflichtigkeiten vermindert wird.

Paris, 3. Januar. Nach dem der Konferenz vorgelegten italienischen Reparationsplan soll Deutschlands Schuld auf 50 Milliarden herabgesetzt, ferner ein Moratorium von zwei Jahren gegen Forderungen gewährt werden. Deutschland solle in kürzester Frist eine Anleihe von 3 Milliarden Goldmark abschließen, von denen ein Teil zur Stabilisierung der Mark und der deutschen Wirtschaft verwendet werden solle.

Der Dollar 7506,18

Berlin, 3. Januar. (Amlich.)

Geld		2. 1.	2. 12.	2. 12.	
Weiß		Gröb	Weiß	Gröb	
Dollan	1 Gulden	2922,50	3007,50	2855,94	2969,06
Dänemart	1 Krone	1631,16	1638,94	1476,30	1483,70
Schweden	1 Krone	2014,95	2025,05	1960,18	1942,87
Norwegen	1 Krone	1406,87	1418,58	1356,60	1363,40
Schweden	1 Fr. Mark	188,53	187,47	179,55	180,45
Schweden	1 Frank	1428,91	1436,09	1371,56	1378,44
Wien (deutsch)	100 Kronen	—	—	10,89	10,45
Wien (abgej.)	1 Krone	228,93	228,07	229,42	228,57
Subabest	1 Krone	—	—	8,01	8,08
Belgien	1 Frank	503,73	506,27	491,29	493,74
Spanien	1 Peseta	1187,02	1192,98	1187,15	1142,85
Japanien	1 Yore	894,18	895,97	889,07	870,93
London	1 Vid. Sterl.	3493,12	3493,98	3446,25	3388,75
Neuort	1 Dollar	7506,18	7543,82	7241,25	7278,15
Wars	1 Frank	551,11	558,89	538,86	538,84
Wuenst Wiro	1 Peio	2842,87	2857,18	2718,18	2731,83

Polnische Koten 41,50.

ra. Berlin, 2. Januar. (Fig. Draht.) Der Devisenmarkt wartet mit starker Nervosität auf die Nachrichten aus Paris. Die ersten Meldungen von dort liefern keine richtige Beurteilung zu, so daß man es in den Kreisen des herkömmlichen Devisenhandels für geraten hält, vorzeitig Referenz auszusprechen. Der Markt trägt daher ein völlig gekämpftes Bild. Die Schwankungen der ausländischen Zahlungsmittel sind auf ein Minimum zurückgegangen. Der Dollar setzte heute morgen mit etwa 7150 ein und wurde den ganzen Vormittag über auf diesem Range genannt. Berlin liegt damit in genauer Übereinstimmung mit dem New Yorker Markt.

Ruch 2½ kurz vor Wördenbeginn erfuhr die Tendenz keine Besserung. Nach die übrigen ausländischen Zahlungsmittel lagen gleichfalls sehr ruhig.

Wasserstände des Wolbau, Jier, Eger und Elbe

Wolbau		Jier		Eger		Elbe	
Wolbau	Wolbau	Jier	Jier	Eger	Eger	Elbe	Elbe
1	2	1	2	1	2	1	2
145	148	145	148	145	148	145	148
148	151	148	151	148	151	148	151
148	151	148	151	148	151	148	151
148	151	148	151	148	151	148	151

Der Januarpreis für Zeitungspapier. Nach sehr langwierigen Verhandlungen ist am 28. Dezember hat abends vom Reichswirtschaftsministerium der Januarpreis für das Zeitungspapier auf 580 M. je Kilogramm festgesetzt worden. Dieser Preis wurde durch Rückrechnung seitens der Zellulosefabriken um etwa 86 M. (1) je Tonne herabgesetzt werden. Die Vertreter der Zeitungsgroßleger haben gegen diese Preisfestsetzung Protest erhoben, weil ihnen die Grundlagen der Preisberechnung unrichtig erscheinen.

Der erste weibliche Schiffe. Vor einer Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte trat heute der erste weibliche Schiffe in Tätigkeit.

Jungvolk auf Sylt

Der aus seinen pädagogischen Schriften bekannte Lehrer und Schriftsteller Paul Georg Wüsch hat einen Versuch im Sinne der Völkerverehrung gewagt, der die Aufmerksamkeit weitestere Kreise auf ihn lenken wird. Er hat die Sommerwochen dieses Jahres mit 26 Jungen und Mädchen zwischen drei- und sechzehn Jahren auf Sylt verbracht. Mit Jungvolk aus sechs deutschen Gauen, ferner aus Schweden, Polen, Moskau, Armenien, Galizien, aus der Tschecho-Slowakei, aus Wien, Italien, aus der Schweiz, aus England und Amerika. Von seinen Erfahrungen erzählt ein Buch (das schon bei Dürr, Leipzig, erscheint) mit dem Titel: „Mit Jungvolk aller Länder auf Sylt. Ein pädagogischer und völkerpsychologischer Versuch.“

Es hatten sich Kinder aus fortgeschrittenen und Gemeindefschulen und Kinder der sogenannten alten Pensionsvereine zusammengefunden, Proletarierkinder und Schüler des Gymnasiums, und es ist interessant zunächst zu hören, was die Kinder der verschiedenen Schulgattungen mit der goldenen Freiheit anfangen. Die Gymnasialisten bauten im Gesand, sortierten im Schlamm des Waits — auf die geistige Ueberwindung folgte die ganz natürliche Reaktion, der unterdrückte Spieltrieb forderte sein Recht. Die Kinder der alten Pensionsvereine nannten auf dumme Art- und-Moie-Ge Weise; die Kinder der modernen Gemeindefortschule aber empfanden die Freiheit nur als Fortsetzung ihrer heimischen Schulzeit; sinnlose Laufsprünge stellten sich nur dort ein, wo Gängelbänder fehlten.

In Wüschs Schar waren Vertreter von acht Religionen und Bekenntnissen, auch ein kleiner polnischer Jude hatte sich eingefunden. Er wurde zunächst, wie es in manchen Kreisen zum guten Ton gehört, gehänselt und bespöttelt. Wie die Jungen und Mädchen aber schließlich auch mit dem kleinen Saul aufrichtige Freundschaft schlossen, nachdem der Armenier Judenpörmere geschilbert und die kleine Engländerin über Hauptmanns „Was trennt, ist Jertum“ nachdenken gelehrt hatte — das ist eines der tiefsten Kapitel dieses gehaltenen Buches.

Wüsch drückt die Plakate an den Wirtschulen von Westerland ab, vor denen die neue Jugend die Pauli lassen lernt. Da ist von „Apachenfesten“ die Rede, von „Wunderlichheiten“, „Konkurrenzen“, von „Wenigianischen Rächten verbunden mit Langturnier auf dem Marktplatz in Bembid“, von „Denkmalen“, und „Wärmelierung des schönsten Damentages“. Und was treiben die Herren, wenn sie gerade nicht das Damentage begutachten? „Belohnung. In der letzten Nacht sind schwarzgoldene Plagen am Strande heruntergefallen worden usw.“ Wüsch schreibt: Ein guter Erzähler zum neuen Menschentum ist der Fiel vor dem gemeinsamen Weiben dieser armfertigen Fackelträger.

Nicht durch noch so begeisterte Prosklusionen und Kathederreden kann eine neue Völkergemeinschaft aus dem Geiste der Dualität herbeigeleitet werden, es muß praktische Kleinarbeit geleistet werden. Wüschs Tat ist ein kleiner, mutiger Schritt vorwärts! Er will den Verlust in den kommenden Jahren wiederholen und auf breitere Grundlagen stellen. Das gedankenreiche, unterhaltsam geschriebene Buch müßte in alle Sprachen übersezt und dem Völkerverbund in jede Volksbücherei eingestellt werden — das wäre vielleicht ein Anfang zur Durchdringung der Welt mit dem Geist einer Erziehung zum wahren Menschentum!
Dr. Valerian Tornius.

Aus aller Welt

Opfer der Silvesternacht

Berlin, 1. Januar. Die Berliner Rettungswoche hat in der Silvesternacht außerordentlich zu tun gehabt. Noch heute morgen mußten zahlreiche verletzte Personen verbunden werden. Einige Personen mußten die Silvesterfeier mit dem Tode büßen. So wurde ein Arbeiter, der mit zwei andern Arbeitern in der Parochialstraße einen Wächter überfallen hatte, von einem dem Wächter zu Hilfe eilenden Schupplattler in der Kotweber erschossen. In Charlottenburg erschloß ein Metallhändler aus Badelsdorf eine Frau. Ein Schupplattler, der an der Charlottenburger Straße einen im Wasser um Hilfe rufenden Mann retten wollte, ist mit diesem zusammen ertrunken. Schwerverletzt wurde im Norden Berlins ein zwölfjähriger Schüler. Mehrere Personen wurden durch Schüsse oder Messertische lebensgefährlich verletzt.

Wittwoch den 3. Januar 1923
Aus Danzig wird uns berichtet:
Wichtigste Nachrichten
Danzig, 2. Januar. Der Danziger Reichstag hat heute beschlossen, daß die Danziger Arbeiterpartei für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.

Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.
Die Danziger Arbeiterpartei hat heute beschlossen, daß sie sich für die nächsten Wahlen die einzige Partei sein soll, die für die Freiheit der Danziger Arbeiterpartei kämpfen wird.

Sächsische Angelegenheiten

An die falsche Adresse

Unter Artikel „Kommunistische Festsitzen“ (Nr. 300 der D. D.) ist uns von unserm hiesigen kommunistischen Bruderblatt übergeben worden. Es ist doch nicht unsere Schuld, wenn sich die deutschen Festsitzen besonders über ihre kommunistischen Anhänger freuen. Auch haben wir nicht die geringste Ursache, das eigene Faktieren mit den Reaktionsären zu vertuschen. Das kommunistische Organ verwechselt uns augenscheinlich mit seinen eignen Anhängern in München, Dresden und anderswo, die sich bekanntlich verschiedentlich mit den Rechtsradikalen verbrüderten. Wenn uns und der sächsischen Regierung aber vorgeworfen wird, daß die Festsitzenerverammlung in Leipzig überhaupt stattfinden konnte, obwohl die Versammlungen der Nationalsozialisten in Sachsen verboten sind, so ist dieser Vorwurf an die falsche Adresse gerichtet. Verantwortlich für diese Versammlung ist nicht die sächsische Regierung, sondern der Leipziger Polizeipräsident, gegen den allerdings der Vorwurf erhoben werden muß, daß in seinem Bereich die Festsitzen eine verbotene Versammlung abhalten konnten.

Drohender Hungerstreik der Kriegsberlegten

In unserm Artikel Der Dank des Vaterlandes (in Nr. 300 der D. D. teilen die Patienten der Verf. Kur-anstalt Glasewalds Ruhe mit, daß sie sich der Resolution der Leipziger Lazarettinsassen voll und ganz anschließen: „Wir können es nicht mit ansehen, daß wir, die wir heute noch infolge des Völkermordes in den Lazarett und Krankenbetten liegen, langsam dem Hungertode preisgegeben werden. Die Patienten der Verf. Krankenanstalt Glasewalds rufen die Öffentlichkeit um ihre Hilfe an. In der Vollversammlung der Insassen von Glasewalds Ruhe (am 29. Dez. 1922) wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, falls bis 5. Januar 1923 der Beschluß über grundlegende Veränderungen des Reichsarbeitsministeriums nicht getroffen ist, in den Hungerstreik zu treten. Hauptversorgungssamt und Reichsarbeitsminister sind benachrichtigt.“

Zum Kirchenbankrott

Ein Leser schreibt uns über die Hoffnungen des Konfessionsforums, daß die letzte Landtagswahl einen politischen Umsturz in Sachsen bringen würde und damit eine Reichsregierung, die den bekannnten guten Willen der Kirche etwas stoppen könnte. Die sächsische Landeskirche geht, wie es scheint, mit Misstrauen dem finanziellen Zusammenbruch entgegen, obwohl Ministerpräsident Bredt bereits vor vier Jahren das Konfessionsforum in harten Worten darauf hingewiesen hatte, daß der Staat in Kürze keine Aufwendungen mehr für die Kirche machen werde. Warum haben das Konfessionsforum und die übrige Kirchengewalt vier Jahre lang die Hände in den Schoß gelegt und nicht für die Zukunft der Kirche in finanzieller Hinsicht gesorgt? Sehr einfach! Weil man andauernd auf einen politischen Umsturz rechnete und speulizierte, der eine Reichsregierung in Sachsen bringen sollte. Nun „Klappe“ aber weder der Kapp-Putsch noch war insbesondere das sächsische „Volksbegehren“, auf das man alle Hoffnung setzte, erfolgreich. Nun jammen die betrübten Mitglieder der Kirche, denen die Felle fortgeschwommen sind, nach Geld. Aber wir verlangen, daß unser Volkstaat dieser reaktionären Kirche keinen Pfennig Geld mehr zuwendet. Denn es ist doch ein Hohe auf die vollständig-parlamentarische Demokratie, daß die sächsische Kirche vor wenigen Monaten erst sich eine ganz reaktionäre Kirchenverfassung gegeben und sich in dem neuerfundnen „Bischof“ auch noch eine monarchische Spitze in der Person eines schlimmen erdhobogen Reaktionsärs aufgesetzt hat. Für solch reaktionäre Institution mit einem ganz rückschrittlichen, undemokratischen Wahrspruch darf der an sich schon notleidende Volkstaat nichts bewilligen.

Geschäftsvereinfachung in der sächsischen Verwaltung

(N) Schon im Jahre 1921 hatte das Ministerium des Innern für seinen Geschäftsbereich einen Beamten als Kommissar für Geschäftsvereinfachung eingesetzt, der auf Vervollkommenung, Vereinfachung und Verbilligung der Geschäfte beim Ministerium und bei allen ihm nachgeordneten Behörden hinzuwirken bezufen war. Sein Tätigkeitsbereich wurde dann noch auf das Arbeits- und das Wirtschaftsinstitut ausgedehnt. Das Gesamtministerium erkannte die Zweckmäßigkeit von Vereinfachungs- und Sparmaßnahmen auch innerhalb der übrigen Ressorts der Staatsverwaltung und ordnete deshalb an, daß für den Geschäftsbereich eines jeden

Ministeriums ein oder mehrere Beamte beauftragt werden sollten, möglicher Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit innerhalb ihres Geschäftsbereichs die besondere Aufmerksamkeit dauernd zu widmen. Um eine gewisse Einheitlichkeit der Sparmaßnahmen innerhalb der gesamten Staatsverwaltung zu erzielen, wurden gemeinsame Beratungen dieser Beamten unter Führung des für das Ministerium des Innern bestellten Sparkommissars, des Amtshauptmanns Dr. Richter, abgehalten. Man hat also in Sachsen bereits seit Monaten eine Einrichtung geschaffen, die innerhalb der Reichsverwaltung erst kürzlich in ähnlicher Weise in Angriff genommen worden ist. Es sind auch schon eine Menge nicht unwesentlicher Vereinfachungen durchgeführt, trotz erheblicher Steigerung des Aufgabenspektrums der Verwaltung manche Ersparnis erzielt und die Verzehrung der Beamtenzahl auf ein verhältnismäßig geringes Maß beschränkt worden.

Neue Gesetzentwürfe

(St. K.) Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 2. Januar 1923 beschloßen, dem Landtag folgende Gesetzentwürfe vorzulegen: 1. Erhöhung der Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1922; 2. Altersgrenze und Pensionaltatszeit der Beamten und Lehrer; 3. Änderungen des Gesetzes über die Altersrenten für Kleinrentner; 4. Ausführungsgebot zu dem Reichsgesetz, betr. Änderung des § 68 der Gewerbeordnung; 5. Ermäßigung von bestimmten Sonderzuschüssen an Beamte, Lehrer, Parteigedempänger, Pensionäre und Beamtenwitwen.

Kleiner Grenzverkehr

Zum Uebertreitt über die sächsisch-slowakische Grenze ist nach den geltenden Reichsbestimmungen ein Reisepaß für Ausländer mit dem Sichtvermerk einer deutschen Sichtvermerkbehörde erforderlich. Für den sogenannten „kleinen Grenzverkehr“ sind besondere Ausnahmen zugelassen. Das sächsische Ministerium des Innern erläßt nunmehr für den kleinen Grenzverkehr folgende neue Bestimmungen: Der Grenzübertritt ohne Paß und Sichtvermerk bleibt bis auf weiteres solchen Beamten des bediensteteten Grenzverkehrs — etwa zehn Kilometer — gestattet, die einen Grenzstreifen (Douanestreifen) vorliegen in Verbindung a) mit einer Zusatzbescheinigung einer sächsischen Gemeindebehörde, daß der Inhaber im Grenzgebiet in einem Lohn- oder Arbeitsverhältnis steht, eine Schule besucht oder eine gewerbliche, landwirtschaftliche oder sonstige Tätigkeit ausübt, die ihn zur Grenzüberquerung nötigt; b) mit einer Zusatzbescheinigung der für den betreffenden Grenzstreifen zuständigen Amtshauptmannschaft, daß der Inhaber die Grenze zu einem besonderen Zweck überschreiten darf. Die Zusatzbescheinigungen gelten höchstens für einen Kalendermonat. Die inländischen Arbeitgeber und Schulleiter haben sie bis zum 25. jeden Monats (bei neuereitretenden Arbeitnehmern und Schülern mindestens drei Tage vor Aufnahme der Beschäftigung oder Einschulung) bei der Gemeindebehörde zu beantragen. Sie sind verpflichtet, die Verordnung des Arbeitsverhältnisses und den Austritt aus der Schule binnen drei Tagen der Gemeindebehörde anzuzeigen. Uebertretungen werden bestraft.

Der Mieterstreik in Leipzig

Das Gewerkschaftsblatt und die V. G. P. D. Leipzigs teilen auf viele Anfragen mit, daß sie zur Beratung und Beschlußfassung über den Mieterstreik nicht herangezogen worden sind. Es war ihnen also nicht möglich, ihre Auffassung darzulegen, und deshalb lehnen sie es ab, sich an der Durchführung des Streiks zu beteiligen. Der Mieterstreiküberband trägt die Verantwortung für die von ihm eigenmächtig unternommene Aktion allein. Sie werden aber alles tun, um die Interessen der Mieter zu wahren.

Geschäftsverhältnisse zwischen die Kommunisten die schöne Gelegenheit, um neue Spaltungslinien in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen. Sie schimpfen auf die Regierung, auf die sozialistischen Stadt- und Landtagsabgeordneten, auf die Leipziger Volkszeitung u. a. Und wie gewöhnlich über sie nicht sachliche Kritik, sondern reizen unsere Genossen (nicht etwa die Bürgerlichen!) in der schamlosesten Weise persönlich heranzuziehen.

Gegen die Gewerbesteuer. Der Sächsische Landes-Landtag hat beschloßen, sich zu dem Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gewerbesteuer für das Jahr 1923 um 300 h. S. dahin auszusprechen, daß eine solche Erhöhung, deren Notwendigkeit von der Regierung mit der seit dem Stichtag am 31. Dezember 1921 eingetretenen weiteren Wertminderung begründet wird, abgelehnt werden müsse. Sollte die geplante Erhöhung trotzdem angenommen werden, so müsse aber auf jeden Fall je weitere, den landwirtschaftlichen Betrieb als solchen belastende Steuer der Bezirke oder Gemeinden, vor allem die Richter, in Wegfall kommen.

In Plauen ist mit dem 1. Januar der Verkehr der elektrischen Straßenbahn eingestellt worden. Das gesamte Fahrpersonal wurde entlassen.

Kartoffelpreise. Die Kartoffelpreiskontrollkommission hat am 2. Januar d. J. einen Erzeugerpreis von 625 M. für weiße, rote und gelbbraune Sorten notiert.

Stadt-Chronik

Arbeiter-Versicherung

Der Sparkommissar geht um!

Sachsen besitzt — wie Bayern und Baden — ein Landesversicherungsamt für die Arbeiterversicherung, soweit deren Tätigkeit auf die Grenzen Sachsens beschränkt ist. Die Errichtung lag im Erassen der Regierung, weil die Kosten dem Lande zufließen. Das Amt übte die Aufsicht über die Landesversicherungsanstalt aus und bezüglich der Unfallversicherung über die sächsische Textil-, sächsische Holz- und Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft sowie über die Unfallversicherung sächsischer Gemeinden. Für das Gesamtgebiet der Arbeiterversicherung, also auch für alle sächsischen Krankenkassen, ist es Bescheid- und Spruchbehörde, es übte die Rechtsprechung als letzte Instanz aus, soweit solche nicht in bestimmten Ausnahmefällen dem Reichsversicherungsamt vorbehalten ist. Die Frage der Zweckmäßigkeit besonderer Landesversicherungsämter ist wiederholt erörtert worden, die Beibehaltung an den wenigen Stellen auf mancherlei wichtige Gründe zurückzuführen.

Nun ist von dem Kommissar für Geschäftsvereinfachung bei der Staatsverwaltung erneut die Frage aufgeworfen worden, ob die Aufhebung des Landesversicherungsamtes in Ansehung etwaiger Kostenersparnis geboten erachtet. Zur Beantwortung ist der Vorstand der Landesversicherungsanstalt aufgefordert worden und dieser hat sich dahin erklärt, daß die Beibehaltung als Aufsichtsbehörde gewünscht sei. Wie dem Schröder dieser Zeilen bekannt geworden ist, sind auch die Krankenkassen befragt worden. Diese haben die weitere Beibehaltung überhaupt verneint. Ob auch die beteiligten Berufsgenossenschaften befragt wurden und welche Stellung sie einnehmen, ist zur Zeit nicht bekannt. Sollten diese aber die Stellung einnehmen wie der Vorstand der Versicherungsanstalt, so gilt das Folgende eben auch gegen sie und in gewissem Sinne auch gegen die Krankenkassen.

Der Ausschuss der Versicherungsanstalt nahm in seiner letzten Sitzung einen andern Standpunkt ein und erklärte sich für Beibehaltung des Landesversicherungsamtes auch als Spruchbehörde. Begründet wurde das besonders von Vertretern der Versicherten, denen die Verhältnisse sehr genaue bekannt sind, damit, daß der Wegfall des Amtes den Versicherten und ihren Angehörigen großen Schäden bringen müsse und werde, hervorgerufen durch die zu erwartende starke Verzögerung der Erledigung von Streitigkeiten und durch Abhaltung vieler Rechtsfindenden davon, ihr Recht an Ort und Stelle selbst zu vertreten oder vertreten zu lassen, wie das jetzt bei den teilweise geringen Entfernungen innerhalb Sachsens in ziemlich erheblichem Umfange geschieht. Ueberaus wichtig ist ferner die große Gefährdung und Verantwortlichkeit in der Verlegung des Spruch- und Beschlußamts bei der hiesigen Behörde, da die Zahl der in dieser beteiligten Personen — Juristen und Laien — nur gering ist. Andererseits beim Reichsversicherungsamt in Berlin, wo die Senate — an sich in großer Zahl vorhanden — in der Verlegung ständig wechseln und nicht selten von einem zum andern entgegengesetzte Urteile zustande kommen. Wenn der Vorstand der Landesversicherungsanstalt die Beibehaltung als Aufsichtsbehörde damit begründet, daß der Verkehr zwischen beiden Stellen außerordentlich leicht und billig sei, so trifft das in vollem Umfange auch auf die Berufsgenossenschaften zu und nicht minder auf die rechtshuchende Volksernung, der bei den fortgesetzt steigenden Kosten für sachliche und persönliche Wahrnehmung ihrer Interessen diese immer mehr erschwert oder unmöglich gemacht wird. Besonders aber die Versicherten und ihre Hinterbliebenen haben ein Interesse an schnellster Erledigung ihrer Ansprüche, da jede auch nur geringe Verzögerung Verlust für sie bedeutet. Ob ausserdem beauptet wurde mit dem Hinweis, daß bei der Ueberführung nach Berlin die Erledigung der Streitigkeiten wahrscheinlich bis um ein Jahr verzögert werden könne, steht dahin; Unständlichkeit, Verzerrung und ganz bestimmt auch wesentliche Verzögerung würden die schlimmsten Folgen sein, die von den Mitbeteiligten in Kauf genommen werden müßten.

Es mag weiter betont werden, daß auch einige Arbeitgeber im Hinblick der Versicherungsanstalt die oben dargelegten Gründe stark unterstützen und der Gesamtausschuss — bis auf ein Mitglied vollzählig — zu dem Beschlusse kam, das Landesversicherungsamt müsse auch als Spruchbehörde und damit in vollem Umfange weiter erhalten bleiben. Mit einer nur teilweisen Befreiung einem Teil der Betroffenen Freude bereiten zu wollen, kann doch wirklich nicht angehen, da hierdurch die berechtigten Interessen der andern nicht gewahrt und Kosten auch weiterhin erwachsen werden. Deshalb kann es wohl auch hier nur heißen: entweder — oder. Und

Sulette presste die Lippen zusammen und schlug ihre großen Augen entmutigt nieder.

Neben ihr zeigte die Gnädige einen von Unfällen beimgefahrenen Morgenrod; die leuchtenden Strümpfen der Kleinen lagen breit auf einem Stuhl; der Herr schlürfte mit „unreinen Zeugschuhen im Nebenzimmer herum; die ganze Familie hatte ein erbliches Aussehen von schlechter Art. Sulette sah sich rosig und kauer in einem Spiegel; sie ahnte, daß ein Wasserenterschied sie von ihren Gebieterern trennte und noch etwas andres sie in Widerspruch zu ihnen setzte. Sie schienen unter dem Eindringen des Mädchens in den zu engen Raum zu leiden. Aber warum hatte man sie dann gemietet?

Um zehn Uhr gab ihr die gnädige Frau den Befehl, die Küche gründlich zu scheuern. Sulette band über ihren Unterrod grobe Leinwand und wusch kmiend, im Schmutz bis über die Ohren, die Steinplatten ab. Um elf besah Madame: „Seien Sie bereit, in fünf Minuten mich auf dem Markt zu begleiten, und das tadellos. Haben Sie darauf acht.“

Gerötet, atemlos, kaum abgetrocknet, ging Sulette mit einem großen Korb am Arm, die Treppen hinauf. Auf dem Trottoir wendete sich die Frau nach ihr um: „Nehmen Sie doch ein ruhigeres Wesen an; ich sagte Ihnen, Sie sollten tadellos sein. . . und gehen Sie neben mir, so daß man sieht. Sie begleiten mich. . . Es ist überflüssig, zu pusten, wenn man einen leeren Korb trägt.“

Der Markt war halb wüßig zu Ende. Bis zum letzten Augenblick feilschte Madame vor den Auslagen, ohne etwas zu kaufen. Mit dem Glodenschlag erstand sie drei Gelebensbeiheringe. Sie fragte ausdrücklich nach nicht mehr ganz frischem Salat und Kohl, wie wenn es für ein nicht sehr widerliches Haustier bestimmt wäre: „Haben Sie nicht Belleres?“

Je näher sie dem Hause kamen, um so mehr schwoß ihr Stolz an: „Sollten Sie sich gerade, Marie; lernen Sie ein vorteilhaftes Benehmen wahren; tragen Sie Ihren Korb nicht gleichgültig.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Figurantin

Der Roman eines Dienstmädchens

Von Leon Frapio

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von M. W. de Grazia und J. Kunde Nach dem Frühstück am Tage der Ankunft führten der Herr, die Frau und die drei Kinder Sulette von Zimmer u Zimmer; alle zusammen gaben ihr um die Wette Arbeit an, zogen sie, bestetzten sich an sie und, um sicher zu sein, alle nur mögliche Dienstleistung aus dem Mädchen herauszupressen; suchte jedes von rechts und links einen Auftrag der eckern Aufzählung hinzuzufügen: in diesem Zimmer war noch Aufputzgeschirr instände zu erhalten, im Speisesaal war die Umpel, die viel Fürsorge verlangte, in jener Stube durt u weiter das Holzgefäß noch die Spiegel vergessen werden — und im Salon! Aufmerksamkeit im Salon! Ehrfürcht und Hingebung für jedes Möbel des Salons! Schon der Name des Raumes mußte mit einem Agent von besonderer Wichtigkeit ausgeprochen werden: „der Salon!“ Ferner gehörte das Dienstmädchen speziell dem Herrn für die Arbeit im Keller, der Frau für den Putzisch, Germaine für deren schon lange Köpfe, dem Jacques für seine Hosen; Friedrich wies sein Nachgeschirr.

„Es klingelt!“ rief plötzlich Frau Coton. „Schnell binden Sie die weiße Spitzenkürze vor und öffnen Sie — lassen Sie in den Salon eintreten.“

Der Besucher war der Kassenbote eines Kreditkaufhauses. Frau Coton warf einen bedeutungsvollen Blick ihrem Gatten zu und sagte von oben herob:

„Es ist ein Bote von der Bank da wegen deiner Beteiligungsoperationen!“ Dann wendete sie sich ungeduldig zu Sulette: „Aber beeilen Sie sich doch, diese Schürze abzubinden. Man muß mit der Wäsche sparen. Sie behalten die Schürze niemals um, nehmen sie nur beim Desfines an, wenn man Sie ruft, beim Vereinkommen in den Salon oder Speisesaal.“

Nach etwas Regelwidriges, zu Selbstkütiges verlegte sie: „Ach!“ broch sie beinahe bestig los, „Sie glauben, doch nicht, daß man Sie Sulette nennen wird? Man wird Sie Marie rufen, so heißen alle Dienstmädchen.“

Gegen sechs Uhr setzte die Gnädige eine feierliche Miene auf: „Tragen Sie ein schickliches Benehmen zur Schau und holen Sie für zwei Sous Butter; nehmen Sie einen Korb.“

Sulette beeilte sich, den Erfolg ihres „schicklichen Benehmens“ in den Schauenstern zu bewundern.

Die Gemütschändlerin tief mit erhobenen Armen aus: „Zwei Sous Butter! Ach, Sie sind also bei Frau Coton! In der ersten Stelle? Sie haben's gut getroffen!“

Sie warf Papier auf die Waage und fuhr in bitigem Tone fort: „So steht die Sache: Frau Coton verdient als Klavierlehrerin vielleicht sechshundert Franz jährlich, ihr Mann muß zweitausendvierhundert der Postbehörde abfinden; drei Kinder sind da, und man lebt auf großem Fuße. Madame würde sich in ihrer Ehre geschädigt vorfinden, wenn sie in der Wirtschaft zugriffe, und Sie haben Spigen an der Schürze — auch schickt man für zwei Sous Butter ab.“

Sulette eilte bestürzt, errötend, als wäre sie persönlich beschimpft, hinaus.

Sie erwachte am andern Morgen mit einem süßen Geschmack im Munde, beeilte sich, aus ihrem stidigen Schlafraum herauszukommen und am Küchenfenster Atem zu schöpfen; aber es kam vom Hof nur eine verbrauchte Luft ohne Frische. Nebrigens hatte sie nicht die Zeit, sie zu genießen; man rief bereits: „Marie, kommen Sie die Kinder waschen!“

Ein idaler, widerwärtiger Geruch erfüllte die Meine, durch einen Bettstirn geteilte Kommer.

„Ach verbiete Ihnen, das Fenster zu öffnen!“ schrie Madame. „Sie wollen sie wohl erkalten?“ Sulette näherte sich dem Bett der Kinder und nahm sie in die Arme.

„Oh!“ sagte die Mutter trocken und hatte dabei das Raden einer Person, die sich mit Gucheleien nicht anführen läßt, die Kinder bedürfen Ihrer Bärtlichkeiten nicht. Seien Sie bloß bößlich und unfällig gegen sie.“

Vertical text on the left edge of the page, partially cut off.

diese Frage ist leicht zu beantworten, sofern auf die tatsächliche Seite die gebührende Rücksicht genommen und erwogen wird, daß es schließlich gleichgültig ist, ob die Kosten in Dresden entstehen oder in Berlin.

Ablieferung der Steuermarken

Im Monat Januar 1923 haben diejenigen Arbeitnehmer, für deren Steuerzahlung vom Arbeitslohn im Kalenderjahre 1922 Steuermarken verwendet worden sind, ihre für 1923 ausgetilgten Steuerbücher (Umschläge) mit den verwendeten Steuermarken an die Finanzämter abzuliefern. Die Ablieferung kann auch bei dem Finanzamt erfolgen, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer zur Zeit der Ablieferung wohnt. Auf dem Steuerbuch für 1922 muß der Arbeitnehmer deshalb die Wohnung angeben, die er am 10. Oktober 1922 innegehabt hat.

Zur Erleichterung der Ablieferungen ist es zugelassen, daß die Arbeitgeber für die in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer die Ablieferung übernehmen.

Alles Nähere ergeben die Bekanntmachungen der Finanzämter, die genau beachten werden müssen. Arbeitnehmer, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen, setzen sich der Gefahr aus, daß die verwendeten Steuermarken bei der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1922 nicht angerechnet werden, daß sie also doppelte Steuern zahlen müssen, und daß sie nach § 53a des Einkommensteuergesetzes bestraft werden. Die Ablieferung kann von den Finanzämtern auch durch Zwangsstrafen erzwungen werden.

Pachtpreise für Kleingärten

Auf Grund der Kleingarten- und Kleinpachtordnung vom 31. Juli 1919 hat der Rat für das Stadtgebiet Dresden für das laufende, am 1. Oktober 1922 begonnene Wirtschaftsjahr, folgende Höchstpachtpreise (Grundpachtpreise) für Kleingärten festgesetzt:

- Vodenklasse I (in guter Kultur befindliches Gärtnerland): 3 M. je Quadratmeter.
- Vodenklasse II (schwerer lehmiger Ackerboden): 2,50 M. je Quadratmeter.
- Vodenklasse III (leichter sandiger Ackerboden): 2 M. je Quadratmeter.
- Vodenklasse IV (leichter oder sonst minderwertiger Boden): 1,50 M. je Quadratmeter.

Bei Pachtgründung von Wirtschaftlich nicht nutzbarem Boden (Moos, Sumpf, Geröll, Sandgruben, Oedland, Bauplatz) ist das erste Jahr pachtfrei.

Die durch die Kleingärtner bewirkte Verbesserung des Bodens wirkt sich erhebend auf den Grundpachtpreis aus. Dagegen darf der annehmliche Grundpachtpreis bis zu 10 v. H. erhöht werden, wenn ein fester Pachtvertrag ohne Einschränkungen auf mindestens 12 Jahre abgeschlossen wird; bei Abschluß eines Vertrages auf mindestens 20 Jahre darf die Erhöhung bis zu 30 v. H. betragen. Bei wesentlicher Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse kann der Rat die Höchstgrenze dieser Zuschläge für das Stadtgebiet oder Teile davon neu festlegen. Diese Reuefestlegung gilt dann auch für bereits laufende Verträge.

Bei den festgesetzten Preisen ist lediglich der Nutzungswert des Landes zur Benutzung zum Kleingartenbau zugrunde gelegt. Zu dem danach angemessenen Grundpachtpreis können folgende, bei der Festlegung des Gesamtpachtpreises besonders aufzuführende Zuschläge treten:

- a) für vom Pächter bewirkte Einbauten und Aufwendungen,
- b) für Grundsteuern.

Unter Einbauten sind zu verstehen: Baulichkeiten, Wasser-versorgung, eingepflanzte Bäume und Sträucher, äußere und innere Einfriedigung; unter Aufwendungen: Besondere Bodenverbereitung, Wegenanlagen, Vermessungsgelühren, soweit solche durch die kleingärtnerische Bewirtschaftung entstehen. Die Zuschläge nach a) dürfen nur erhoben werden, solange die dafür aufgewendeten Kosten der Pächter noch nicht wieder eingezogen sind. Die Zuschläge für Aufwendungen dürfen nicht erhoben werden, wenn die Aufwendungen durch einmalige Zahlung abzweigt sind.

Die Grundsteuer darf dem Pächter nur bis zu dem Betrage auferlegt werden, der sich ergeben würde, wenn der Veranlagung in der Vodenklasse I 12,7 Pf., in der Vodenklasse II 10 Pf., in der Vodenklasse III 7,7 Pf., in der Vodenklasse IV 6 Pf. für das Quadratmeter nebst den Zuschlägen des § 2 als Ertrag zugrunde gelegt worden wäre. Vom Pächter verlegte Ausgaben für Wasserzähler haben die Pächter anteilig nach dem Verhältnis der von ihnen bewirtschafteten Flächen zu bezahlen.

Streitigkeiten über die Höhe des Pachtpreises, der nach den vorstehenden Bestimmungen in jedem Einzelfalle gefordert werden darf, entscheidet das Einigungsamt der Stadt Dresden unter Ausschluß des Rechtsweges endgültig.

Wer entgegen diesen Vorschriften zu hohe Pachtpreise erhebt, hat den doppelten Betrag bis zur zehnfachen Höhe an die Kasse des Ordnenamtesverbandes des besagten Stadtgebietes zu entrichten. Den zu entrichtenden Betrag legt der Rat fest. Wenn keine Entscheidung ist binnen zwei Wochen bewirkt worden, an die Streitbehebungsbehörde zu richten. Diese entscheidet endgültig. Die Beitreibung erfolgt nach den Vorschriften über die Beitreibung öffentlicher Abgaben.

Zentraltheater

Die zehn Varietenummern zeigen sich im Januar-Programm in dreiwöchiger Dauer aneinander — es ist das „Gute“ fast wieder, und nicht alles ist gut. Dieses „niht alles“ gilt dem schätzlichen Komiker Stamer, der monatelang bis durch harte Kalauer erheit und dabei nur zu gern in schamlos freibühnender Abzucht. Für seinen „Witz“ ein Beispiel: „Wenn meine Schwestern etwas denken, Belmont, nehme ich es; bekommt ich etwas denken, gebe ich es — mir; das nennt man dann Sozialisieren!“ Und Herr Stamer nennt das einen Witz!

Die Attraktion ist durch vier Nummern vertreten. Die Schwärmer Christians eröffnen das Programm mit einem sehr stark reduzierten Trapezakt. Aufes Auerst balanciert auf Nadeln, die er im Handstand aufeinander baut. Er heuert deren Zahl auf je neun, und trotz den einfachen Mitteln hat dieses Balancekunststück etwas selbstsam Aufregendes. Die vier Artonis turnen auf dem Schießerbrett, und einer der vier spielt dabei in unwiderstehlich komischer Weise den ungeheuren Topfstock. Eine mehr anatomische Anwesenheit ist die Kunstschau der Akrobaten Rebams.

Die ammutigen Tänzerinnen Ellen Stavrides und Anita Diablen möchte man ganz gern länger auf der Bühne sehen, weil es nach der reichlich heiteren Athletennummer wohl tut, sie tanzen zu sehen. Villa Renkino ist ein Bass- und Violoncello-Quartett und ein Kunststück von besonderer Fertigkeit. Er trifft sein Ziel mit der vier Meter langen Violoncello ebenso unfehlbar wie mit dem Gewehr oder mit zwei Schwertern zugleich. Wichtig ein Bändchen ist der Reden-erwartende Uta. Er behält 8 Sekunden und 8 achtfache Rollen lehrerfrei im Gedächtnis, rechnet innerhalb im Kopfe die Quadrate und Kubikwurden ausgerechneter Zahlen aus, rechnet dieselben Zahlen ins Quadrat und sagt anschließend die Wurzeln der Zahlenreihen in der Reihenfolge einer Spirale aus dem Gedächtnis an und nennt zuletzt die im Kopfe addierte Summe der 8 achtfachen Zahlen. Schluß-Charaktere Variationskünstler bietet Varietè im Varietè. Und zum Schluß des Programms, das sich in etwas anderer Reihenfolge abspielt als bei, in der es hier besprochen wird, hebt der verblüffend finger-

fertige ästhetische Rauberer Oltis allerlei von der prachtvoll farbigen Bühne fort und allerlei herbei. Und ohne daß man auch nur einen Schimmer seines Tricks erfährt, werden so beiläufig aus drei lebendigen Enten sechs oder sieben — wenn Geschwindigkeit wirklich Hexerei sein könnte, wär's eine nachhafte, beneidenswerte Kunst.

Wuchergericht

Die Auslosung der Hauptschöfften für das Wuchergericht Dresden im Jahre 1923 fand in öffentlicher Sitzung im Landgerichtgebäude an der Wilsdruffer Straße statt. Es wurden zuerst zehn Hauptschöfften aus den Kreisen der Verbraucher und anschließend daran die gleiche Zahl aus den Kreisen der Erzeuger und Handeltreibenden ausgelost.

Aus der ersten genannten Gruppe entfiel das Los auf die nachfolgenden Personen: Klempner Joseph Zahn, Eisenbahnsekretär Otto Trautmann, Schriftführer Otto Rohmhardt, Kaufmann Otto Jedicke, Generalmajorchefrau Eise Pechmann, Straßenbahnkassiererin Alwin Max Rade, Archivar Dr. phil. Arius Prabant, sämtlich aus Dresden, Gärtnereihilfschef Gradhand aus Wilsdruff, Schlosser Alfred Ernst Kettner und Bergarbeiter Ernst Julius Schöbel, letztere beiden aus Kleinnaundorf.

Das Ergebnis der Auslosung aus der zweiten Gruppe war folgendes: Kaufmann Friedrich Hoffmann, Geschäftsführer Paul Hauptmann, Kleidermacher Franz Rietzger, Kartellhändler Hermann Hänel, Kaufmann und Stadverordneter Kurt Donner, Robierfabrikant Johannes Wolfram, Kuchnermeister Siegfried Jungnickel, sämtlich aus Dresden, Profurist Otto Korghardt aus Dresden-Alt-Gruna, Gutsherr Bruno Rade aus Wilsdruff bei Bühlau und Gutsbesitzer Theodor Räder aus Rippian.

Opferfreudiger Eltern erfreut sich die 58. Volksschule, für den 1. Oktober 1922 neu eingerichtet, von der Stadt mit 5000 M. unterstützten Wertum stiftete die Elternschaft in kurzer Zeit 5500 M. viele Werkzeuge und wertvolle Arbeitsstoffe. Eine weitere Sammlung im Herbst zugunsten der Lehrmittel und der Schülerbücher erbrachte 18000 M., und nach einer Anfang Dezember für Alters- und Blindenhilfe veranstalteten Vortragsabende mit fast 6500 M. Ertrag wurden durch eine Weihnachtssammlung über 20000 M. Reingewinn erzielt, die ebenfalls dem Wertum, der Schülerbücher und Lehrmittelsammlung zugute kommen. So sind in 1/2 Jahr über 50000 M. in einer verhältnismäßig kleinen Schulgemeinde von der Elternschaft für edle Zwecke gespendet worden.

Bei der jetzt immer noch weiter enorm fortschreitenden Geldentwertung ist die Losung bei fast allen wirtschaftlichen Unternehmungen: Erhöhung des Betriebskapitals

Die Konsumvereine sowohl als auch die Parteilunternehmungen haben mehrfach ihre Anteile wesentlich erhöht. Auch wir brauchen ständig größere Betriebsmittel, die letzten Endes bei Banken, die jedoch dafür bis 15 Prozent Zinsen verlangen, zu haben sind. Diese Ausgaben können die Genossen ihrem eigenen Unternehmen ersparen, wenn sie es weiter noch durch Einzahlungen von Darlehen — die mit 5 Prozent verzinst werden — unterstützen. Darlehen von 1000 Mark an werden jederzeit in unserer Geschäftsstelle, Dresden-A., Wettnerplatz 10, Hinterhaus 1 Treppe, entgegengenommen.

Verlag der Volkszeitung

Der Landesausch für hygienische Volksbelehrung schreibt uns: Die Firma Wohlmuth u. Co. fñhlt sich durch unsere Warnung vor dem Ankauf galvanischer Apparate veranlaßt, gegen den Landesausch für hygienische Volksbelehrung mit allerlei Anschüben und schmeißenhaftigen Gründen in der Presse zu polemisieren. Es wurden dabei wiederum irreführende und übertriebene Behauptungen aufgestellt; so soll sich der Apparat zur Selbstbehandlung bei den verschiedenen Krankheitszuständen viel besser als andere eignen. Wir können all dieser Keltame gegenüber nur ern e u t d a v o r w a r n e n, sich gerade diesen Apparat ohne ärztlichen Rat zu beschaffen. Wo er gar als Weihnachtsgeschenk für eine große Reihe von Krankheiten empfohlen wurde, war das eine Spekulation auf die Hoffnungslosigkeit Kranter, der man entschieden entgegenzutreten muß. Der Landesausch will wenigstens das Seine tun, um sicheren Enttäuschungen vorzubeugen.

Keine Stadverordnetenstung. Die Gesamtsitzung der Stadtverordneten fällt in dieser Woche aus.

Freital grenzt an Dresden. Mit der Stadt Freital ist am 1. Januar die Landgemeinde Birklitz vereinigt worden. Da die Grenze der mit Freital verbundenen Gemeinde Birklitz an die Grenze der ehemaligen jetzt zu Dresden gehörenden Gemeinde Gohlitz stößt, grenzt Freital jetzt an Dresden. Mit Wirkung ab 1. April 1923 hat die Gemeinde Burg und Kleinnaundorf verbunden. Dann wird die Einwohnerzahl Freitals auf 40 000 steigen.

Im Viktortheater wird diesen Monat eine Operetten-Vorstellung „Die verlorene Lina“ aufgeführt. Süss und Spiel sind von so untergeordneter Bedeutung, daß sich eine Beschreibung erübrigt.

Eindrücke. In der Zeit vom 30. Dezember bis 2. Januar wurden aus der Verkaufsstelle des hiesigen Konsumvereins, Große Zingststraße, mittels Einsteigers 8 neue Anzüge, 2 Unterwäschen, 1 gebrauchter grauer Sportpelz mit Damierstreifen, ohne Kragen, verschiedene Seidenstoffe und Strickwaren im Gesamtwerte von 2 Millionen Mark gestohlen. Von den Tätern hat sich der eine vollständig neu eingestellt und seine alten Sachen, einen grauen Anzug, Domb, Unterhose, Krage und Seidenshirt, am Taxiorer zurück gelassen. Außerdem sind noch ein grauer und ein brauner Hut, die ebenfalls den Dieben gehören dürften, aufgefunden worden. Die erschätzte Firma hat für Wiedererlangung der Diebstehnte 50 000 M. Belohnung zugesichert. Belonen, die an der Hand der von den Dieben zurückgelassenen und bei der Kriminalpolizei aufbewahrten Sachen Anknaben machen können, werden umgehend nach der Kriminalpolizei gebeten. — Gestohlen wurden in der Nacht zum 20. Dezember aus einem Geschäftsraum an der Wilsdruffer Straße mittels Einbruch ein grauer Tuchmantel mit Pelzhaugen und Pelzbesatz, eine imitierte Regenjacke, ein grauer Strohhut, ein grauer Tuchmantel (Waldgrünermantel), ein gelber Plaidmantel, eine Blüschjacke u. a. mehr von hohem Werte. Gestohlen wurde ferner aus einem Korbentische eine braune Ledertasche.

hart abgetragene Handtasche, enthaltend eine goldene Damenuhr mit zwei Deckeln und eine goldene, schwachgedrögte, lange Damenuhrkette. Auf dem hintern Deckel der Uhr befindet sich das Monogramm A A und innen die Gravierung Papa to Alino 1901; und am 19. Dezember 32 Meter Swarovsky-Perlen und zwei Karats Strassstein mit den Marken Kossigal und Stern.

Sanit im Neuhäuser Schauspielhaus. Am 2. Januar, abends 10 Uhr, war infolge Ueberhitzung der Dampfe in der Beleuchtungsanlage des Neuhäuser Schauspielhauses eine Rauchentwicklung entstanden und der Rauchgeruch auch in den Zuschauerraum gedrungen. Das Publikum war hierdurch in Angst versetzt worden und wollte fluchtartig das Theater verlassen. Durch eine Erklärung von der Kampe aus wich die Panik und die Balletina konnte weiter spielen.

Selbstmord. Weil er wegen seines Lebenswandels Vorwürfe erhalten hatte, begab sich ein in der Stolpestraße wohnhafter Schlosser in die Werkstatt seines Arbeitgebers in der Bernartstraße und verübte dort durch Einatmen von Leuchtgas Selbstmord.

Arbeitervertreter-Verein. Freitag, 6 1/2 Uhr. Versammlung im Volkshaus.

Arbeiter-Floralisten. Donnerstag, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9. Jahresversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Internationaler Bund der Kriegspfer. Gruppe Dresden-A. Freitag, abends 7 Uhr, im Braunschweiger Hof, Freiburger Platz, außerordentliche Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Funktionäre und Mitglieder ist Pflicht.

Internationaler Bund aller Kriegspfer. Gruppe Pieschen-Trachenberg. Sonnabend Mitgliederversammlung im Gundlach Restaurant, Rohstraße 1, Ed. Torgauer Straße. Erscheinen eines jeden dringens erwünscht, da wichtige Tagesordnung.

Aus dem Parteileben 6. Unterbezirk

Kurse für Gemeindevertreter und Schöfften und Geschworene Die Kurse beginnen Sonnabend den 6. Januar, abends 7 Uhr.

Für Gemeindevertreter in der Pestalozzische Freital-Teuben, Physikzimmer.

Für Schöfften und Geschworene in Sitzungssaal des Rathauses Freital-Votzschappel. Um pünktliches Erscheinen der Teilnehmer wird gebeten.

Kreisvorstand Sonntag den 7. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr im Jugendheim, Poststraße 17, 1., wichtige Sitzung. Tagesordnung: Neueinteilung des Bezirks Ostjachsen, Bericht aus dem Bezirksvorstand.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Anwesenheit jedes Bezirksvertreters. Ungerer Kreisvorstand um 9 Uhr Sitzung.

Gruppe Gsta. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Goldenen Hammer wichtige erweiterte Betriebsversammlung. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gewünscht.

Gruppe Böden. Die Beitragskassierer können das abgelieferte Material wieder beim Genossen Diebstahl abholen. — Alle Genossen, die noch Stundenbeitragsablässe haben, werden ersucht, dieselben umgehend abzuliefern. — Die Beitragskassierer, die für Januar noch alle Beitragsmarken erhalten haben, werden ersucht, dieselben wieder abzuliefern und dafür neue Marken zu fassen. — Der Beitrag beträgt ab 1. Januar 1923 20 M. für männliche und 10 M. für weibliche Mitglieder. — Die nächste Gruppenversammlung findet Dienstag den 16. Januar statt.

Ortsgruppe Niederwitz. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Lindengarten in Großhans Gruppenversammlung. Gemeinderatsbericht. Unpersönliche Totenbestattung. Allgemeines. Da eine äußerst wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, müssen alle Parteigenossen und Parteigenossinnen erscheinen. Abmarsch der Friederleider Genossen um 7 Uhr von Lugaer Straße, Ecke Reichenstraße. Reuben-Niederwitz. Frauengruppe. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Reußen. Bahnhofstraße, Frauenbildungsabend. Vortragende Genossen Ledter Döllisch und Lange.

Umsatzsteuer und Konsumgenossenschaften

Die einfache Tatsache, daß bei der Verteilung gemeinsam eingekaufter Waren an die daran Beteiligten ein Umsatz gewerblicher Art und im Sinne des Umsatzsteuergesetzes nicht stattfindet, wird mancherorts immer noch nicht begriffen. Zum besseren und hoffentlich endgültigen Verständnis sei hier ein Urteil des Reichsfinanzhofes vom 14. Februar 1922 — Va 289/21 — über die Umsatzsteuerpflicht der Bezugsgemeinschaften zitiert, in dem es heißt:

„Nach den Feststellungen der Vorinstanz schließt die Liefernde Jede Kaufaufträge mit den einzelnen Kosten abnehmenden Warenbediensteten ab, die bei dem Vertragsabschluss der Jede gegenüber erstmals durch ihren Vertrauensmann vertreten werden. Danach findet auch eine einzige Lieferung der Waren von der Jede an die Vielzahl von Käufern statt. Bei dieser Sachlage liegt nur ein einziges Umschlaggeschäft zwischen der Jede und den Warenbediensteten vor. Die Verteilung der Waren unter den Warenbediensteten nach Maßgabe ihrer Bestellungen ist kein selbständiges Umschlaggeschäft, sondern stellt sich als die Abwicklung des vom Hauptkäufer im Namen seiner Auftraggeber in einer nach außen hin erkennbaren Weise abgeschlossenen Geschäfts dar.“

Das Urteil des höchsten Finanzgerichts ist völlig klar und läßt auch keinen Zweifel auf über die glatte Unwendbarkeit auf die Verteilung von Waren der Konsumgenossenschaft unter sich. Aber um jedes Bedenken zu beheben, mag noch einmal jene Entscheidung des Kammergerichts (Zahrbuch der Entscheidungen des Kammergerichts, Fünftes Band) herangezogen werden, die sich auf die Verteilung an die Mitglieder im Kleinen bezieht. In der Begründung für die Aufhebung eines Urteils hat das Kammergericht wörtlich ausgesprochen:

„Vorausgesetzt, daß der Einkauf der diätischen und Arzneimittel auf erlaubtem Wege erfolgt ist, kann die Verteilung dieser Mittel an die Vereinsmitglieder für eine strafbare Handlung nicht erachtet werden. Sind die Mittel auch nur für den Verein angeschafft, so sind sie gemeinsames Eigentum der Mitglieder, und die Verteilung unter sie fällt nicht unter § 367, Nr. 3 St. G. B. — Bei einer Verteilung unter die Mitglieder des Vereins kann von einem Verkauf und Verkaufen ebenso wenig als von einem Ueberlassen an andre die Rede sein. Die Mitglieder, denen von dem gemeinschaftlich angeschafften Mitteln abgetrennt wird, sind im Sinne des Gesetzes nicht „andre“, sondern sie entnehmen die Mittel aus den gemeinschaftlichen Vorräten, an denen ihnen das Mitteilgumt zusteht.“

Nach alledem liegt bei der Verteilung der Waren innerhalb der Konsumgenossenschaft kein Verkauf als kein Umsatz vor, der zu Recht umsatzsteuerpflichtig gemacht werden kann. Bei der Verteilung an die Mitglieder ist die Verteilung der Konsumgenossenschaft im Reichstag wird das endlich beachtet werden müssen.

Wettervorhersage für den 4. Januar

Vorübergehende Zunahme der Bewölkung ohne beträchtliche Niederschläge.

Wetterlage: Das Zentrum der Depression schiebt sich nach langsam nordwärts fort. Ein Tiefdruckausläufer, der bis nach Frankreich hineinreicht, zuzt in Südwestdeutschland Niederfälle hervor. Sein Vorüberzug wird sich bei und mindestens durch Bewölkungszunahme bemerkbar machen. Eine dauernde Besserung des Winterwettercharakters ist nicht zu erwarten.

Bezirksrat Dresden-Mittstadt

Unter Vorsitz des Genossen Bittler, Freital, fand am Freitag mittig im amtschulmännlichen Sitzungssaal ein öffentlicher Bezirksrat statt...

Von der Verteilung der Mittel für die Kleinrentnerhilfe (rund 500 000 M.) wurde nachträglich zustimmend Kenntnis genommen...

Zu einer Aussprache führten die Ergänzungs- und Haushaltspläne. Wir haben daraus die Hauptziffern bereits veröffentlicht...

Genosse Lehmann, Cosselbaude, trat an, eine Sozialabgabe zu erheben, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts im Streitfall...

Über den Nachtrag zum Haushaltsplan für die allgemeine Bezirksverwaltung referierte ebenfalls der Amtshauptmann...

Zur Einführung der Tangsteuer sagte der Berichterstatter, daß die Vermögenssteuer, einst eine ergiebige Steuerquelle, in neuester Zeit zu einer Quelle des Mißbräutigens geworden ist...

Die Vorlage auf Einführung einer Hausflachsteuer wurde vom Gemeindevorstand Dr. Hönig, Hinterherdorf, bekämpft, indem er behauptete, es handle sich dabei nicht bloß um eine landwirtschaftliche Steuer...

Endlich wurde noch eine Erhöhung der Verpflegung für das Bezirksheim Saakhausen sowie der Beitrag zum Gemeindeverband für die Kinderheilanstalt in Dresden beschlossen.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Zielsetzung

Der Streik in der Bahnhofs-Klein- und Sodafabrik in Ludwigshafen hat den Kommunisten reichlich Gelegenheit gegeben, auf die Gewerkschaften zu schimpfen...

Restaurationsräumen des Wiesbadener Hauptbahnhofes durch eine Schenke zu veräußern, so kann man schon glauben, daß er die Feder tatsächlich nach Berlin, aber sicher nicht zur Parcellasse bringen wollte...

Geleiterte Tarifverhandlungen in der Textilindustrie

Am 2. Januar fanden in Chemnitz Tarifverhandlungen zwischen den Arbeitgebern der Textilindustrie und dem Deutschen Textilarbeiterverband statt...

Das Weihnachtsgeschenk des Arbeitgebers

Der Inhaber des Paars- und Körperpflege-Palastes, Willi Wagner, Prager Straße, machte einer Angestellten folgende Weihnachtsgabe...

Ein Anschlag auf das Betriebsratsrecht

Bei der Firma Enterlein, Bunt- und Chromopapierfabrik in Niederzieslitz haben sich die Differenzen weiter verschärft...

Wie diese Entlassungen sind erfolgt, ohne das vorher mit den Betriebsratsmitgliedern ein Wort darüber geredet worden ist. Das ganze Verhalten des Herrn Enterlein ist darauf gerichtet...

Die übrige Arbeiterschaft fordern wir auf, bei Annahme von Arbeit die Firma Enterlein zu meiden. Die Firma ist vorläufig für Bezug gesperrt.

Faste Besoldungspolitik. In der gestern unter diesem Schemm veröffentlichen Aufschrift aus Beamtenkreisen hat sich ein sinnenstehender Druckfehler eingeschlichen...

Einzel- und Großhandel. Das September-Behaltsabkommen für den Einzelhandel sowohl, als auch für den Großhandel ist von der Reichsarbeitsverwaltung Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden...

Die neuen Tariflöhne der Buchdrucker. Die Tarifkommission des deutschen Buchdruckerverbandes hat für die ersten beiden Wochen des Monats Januar eine Lohnerhöhung auf 18 000 M. ...

Die Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe hat nach dem Bericht des Vorstands eine bedauerliche Höhe erreicht. Von den am 30. November erfaßten 197 128 Arbeitern und Arbeiterinnen waren 20 519 (10,4 Prozent) vollkommen arbeitslos...

dabon die meisten nur bis zu 24 Stunden in der Woche. Außerdem wird vom Deutschen Bergarbeiterverband gemeldet, daß etwa 1000 Bergarbeiter zum 1. Januar gekündigt worden ist...

Das Heberächtenabkommen im Ruhrbergbau. Eine Konferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebietes beschloß am Montag, das Heberächtenabkommen mit dem Ruhrbeden, das für die Zeit vom 15. Dezember bis 15. Januar außer Kraft gesetzt war...

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Freier Turn- und Sportverein Dresden. A. 1. Abt. Turnerinnen. 3. Januar Wanderfahrt nach Hauen. Komarisch 8 1/2 Uhr von der Falkenbrücke...

Fußballvereine. D.S.V. 1-Madebühl 1:4:1(1:0); bis Halbzeit ausgeglichenes Spiel, nach Halbzeit D.S.V. leicht überlegen...

Touristenverein die Naturfreunde. Ortsgruppe Briesen. Cosselbaude. Freitag den 3. Januar, Dunier Abend im Café Bismarck, Leutewitz...

Arbeiter-Radfahrbund. Silesien. 6. Jan. im Heißgerhof, Heißgerstraße, Weihnachtsgeschenke. Kur angemeldet Kinder können herübergeführt werden...

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Bezirk 4, Weißdorf. 4. Januar. Zusammenkunft im Heiligen Wlad. Weißdorf. ...

Bereinigte Arbeiterjugend

Achtung, Gruppenkassierer

Die Abrechnungen erfolgen nicht mehr im Sekretariat, sondern: Bezirk Mittstadt in der Bezirksauschusswohnung...

Bezirk West. Montag den 8. und Dienstag den 9. Januar, von 6 bis 7 Uhr, im Kötzauer Jugendheim, Poststraße 4...

Gruppe Ritzsch. Mittwoch (7 1/2) Verwaltungssitzung beim Genossen Leck, Winterstraße 10, bei Förster.

Silvesterkonzert. Es haben einige Gruppen die Karten noch nicht abgerechnet. Die Abrechnung muß unbedingt bis Freitag erfolgen...

Gruppe Cotta. Da am Sonnabend der Jugendleiterkurs stattfand, müssen wir unsere Kartenausfüllung auf Mittwoch den 10. Januar verlegen...

Quittung. Für den Wahlfonds des 4. Unterbezirks gingen ein: Von Zimmermann 50 M., von Junier 100, durch Wäsche gesammelt 150 M. ...

Verantwortlich für Inhalt u. Unterhaltungszeit: Paul Wachmann; für Sachgen: Kurt Deilbus; für Gemeindefachgen: Hans Jantzen...

Stenotyp.- u. Handelskurse. 3. bzw. 4. Januar, 9. 4. 7 Uhr. Auskunft und Prospekt frei. - Sonderklasse für Herren und Damen mit höherer Schulbildung...

Rackow, Altmarkt 15. Tel. 17137. Aus Damen-Taschen-Uhren fertigt Armband-Uhren. Dresden-A., Fronsauer 7.

Lorenz, Dresdner-A., Fronsauer 7. Ein Bildnis eines Mannes, daneben eine Uhr.

DRESDEN

Bären-Schänke Webergasse - Zahngasse Dresdens größtes Bier- und Speisehaus

Radeberger Pilsner wieder auf alter Höhe

Feen-Saal Deutsche Reichskrone Linckesches Bad Gr. Konrath Kaufmann-Orchester Fr. Koehler

Bekleidung, Schuhe, Putz Kaufhaus Julius Caspar

GOLDMANN am Altmarkt Damen-Konfektion

Kaufhaus des Westens Inh.: Sami Eisenberg

H. A. Herrmann Vogt. Gardinenlager L. U. U. U. U.

Herren-Garderobe Fritz Gebelein Dora Jaroslowski

Flämig, Königsbrunn Moritzstraße 15

Weiß & Lederer Gebrüder Ganger

Carstensen

Max Göbel & Adam Lederhandlung

Lederhandlung Max Schmidt

Leder-Hoffmann

Louis Keil Nachf., Am See 9

Emil Berthold, Schuhhaus, Hechtstr. 4

Schuhhaus Marschall, Marschallstr. 18

Schuhwaren Otto Voigt

M. Gentgen, Hüten, Mützen, Schirme

Eduard Wüstner, Dresden-N.

Walter Bräuer, Kürschner

Pelzwaren B. Schubert

Vinzenz Enzmann, Kolonialwaren

Kolonialwaren NOACK

Bruno Schneider, Bruno Wiske

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan. Edwin Otto, C. A. Griebach Nachf., Richard Burkhardt, Max Herzog

Edwin Otto, Wettinerstraße 27

C. A. Griebach Nachf., Kolonialwaren

Richard Burkhardt, Försterstr. 46

Max Herzog, Spirituosen u. Weine

LEHMANN & LEICHSENRING

Trinkt Liebreich Schumanns

Schokoladen-Reichel

Brotfabrik Emil Quaas

Bäckerei u. Konditorei Otto Uhlig

Zigarrenhaus Leipzigstraße 40

Ohne Gewähr. Dauerfahrplan gültig ab 8. Oktober 1922.

Table with 2 columns: Destination (Berlin, Leipzig, Chemnitz, etc.) and Departure times.

Bäckerei mit elektrischem Betrieb Paul Richter

Lebensmittelhaus Willy Horn

Hedwig Uhlig, Fiedlers Feinbäckerei

Richard Becker

Gummiwerk Reinhardt Leupolt

Jahn & Hampel, Jahnstraße 4

Uhren MOLL Goldwaren

William Hager jr., Juwelier

Uhren R. paraturen

Edwin Mende, Uhren, Goldwaren

Ernst Götz, Leipziger Straße 52

Berta Pätzschke, Foto-Artikel

Walter Kolbe, Uhrmacher

Hans Beyer Nachf., Rob. Pfeiffer

Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein

Bäckerei OSWALD KIRCHHOF

Hugo Rümmler, Frau Alice Apel

Alwin Süßmilch, Butter-Krüger

E. Richter, Kurt Richter

Arthur Schrapel, C. Hoffstädter

H. Köhler

Sommer & Seupke, Haupt-Allee

Richard Kröhl, Dresden, Jahn-Garten

Erbstößer & Haubert, Kesselsdorfer

Steinhart, Kesselsdorfer Straße 9

Möbel-Mühle, Obergraben 21

Richard Wetzel, nur Plüschstr. 9

Diefenthaler, Reisewitzer Straße 7

Beerdigungs-Anstalt Concordia

Photo W. Grimm, Grunauer Straße 3

Optiker Ed. Wiegand

Optiker A. Wachtel, Jödenhof 1

Rob. Wolf, Pflanzstr. 23

Herm. Müller, Scheffelstr. 17

R. Zachmann, Glückwünschstr. 22

A. Poser, Freiburger Platz 10

Knauth, Große Brüdergasse 33

Gesundheits-, Krank- u. Säuglingspflege

G. A. Gäbler, Freiburger Platz 22

Ein- und Verkauf v. Kleidern, Wasche

Orthopäd. Stütz-Apparate gegen Rückgratverkrümmungen BRUCH-BANDAGEN

Julius Bürger, Dresden-A. Johannesstr. 11

Max Franz, Friedrichs-Krautergewölbe

Max Heibig, Bautzner Str. 69

Marshall-Drogerie, Hans-Waldau

KÖTZSCHENBRODA

Gasthof Heiterer Blick, Nieder-Löbnitz

W. Becker, Herren- und Damen-Laden

Clemens Helbig Nachf., Inh.: Karl Wiederhold

Robert Fichtner, Meißner Str. 11

Oswald Hilla, Meißner Str. 45

Carl Hartmann, Lederausschnitt

Wilhelm Colditz, Meißner Straße 48c

Ernst Kupfer, Pelzwaren, Hüten

Steckenpferd-Seife die beste Seife für zarte weiße Haut

Hermann Lehnert, Bahnhofstr. 12

Molkerei Otto Müller, Milch, Käse

Café Schönhals, L. Kötzschbrodaer

Curt Wirthgen, Brot-, Wein- und Feinbäckerei

Eduard Franke, Fleischerei m. Motorbetz.

Ernst Wirthgen, Hauptstraße 62

Paul Grellmann, Meißner Str. 26

Gustav Beger, Brot-, Wein- und Feinbäckerei

Rudolf Höppner, Güterhofstr. 9

Gebauer & Meyer, Kohlen- und Fuhrgeschäft

Emil Träger, in Firma: Ernst Hängel Nachf.

Bruno Wolf, Meißner Straße 48

Hermann Schackert, Richard Winkler, Grenzstraße 19

Germania-Drogerie, A. Steinbeck

Carl Pittius, Bütcher, Papier-, Leder- und Spielwaren

Bahnhotel z. Grosser Saal

Spektral-Höhensonne

Lindenhöhe

Restaurant z. Börse

Restaurant zum Bad

Restaurant Erd'ung

Paul Just

Herm. Brodkorb

Bruno Wiske

Richard Schröder